

Sauerstoff von links

Autor(en): **Egli, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 12

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338739>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Pro und Kontra

Einparteienstaat Tansania

(zu «Können sich demokratische Sozialisten mit einem Einparteiensystem befreunden?», von J. W. Brügel, «Profil» 11/1973)

Es geht im folgenden keineswegs darum, für Einparteiensysteme ganz generell ein Plädoyer zu halten. Vielmehr soll durch einen Blick auf die Vergangenheit eines afrikanischen Landes gezeigt werden, dass es unter anderem eben gerade historische Einflüsse sind, die auf die dortigen politischen Systeme entscheidend eingewirkt haben. Und an diesem Beispiel soll im weiteren gezeigt werden, dass es für uns Europäer eine zu leichte Sache ist, wenn wir von unserer Warte aus Urteile fällen, ohne im gleichen Augenblick einzugestehen, dass Kultur und Geschichte gerade Afrika und Europa so verschieden geprägt haben, dass auch bei der Anwendung universaler Begriffe wie «Demokratie» einige Vorsicht am Platz scheint.

Tansania ist ein solcher Einparteienstaat: Ausgehend von der traditionellen afrikanischen Dorfdemokratie, die durch ein Palaver aller gleichberechtigten Dorfbewohner zu einem Konsens über die zu treffenden politischen Entscheide führte, begründet der tansanische Präsident Nyerere das Einparteiensystem als den Verhältnissen seines Landes mehr angepasst als das zeitweise aufoktroyierte angelsächsische parlamentarische Zweiparteiensystem. Letzteres ist nach Nyerere aus dem Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden hervorgegangen, und gerade Tansania und auch andere afrikanische Gesellschaften haben keine Klassen (im eigentlichen Sinn) gekannt bis jener Zeit, als von der Weltbank u. ähnl. Siedlungsprojekte empfohlen wurden, die das Entstehen eines Klassensystems erstmals in der Geschichte zur Folge hatten.

Aber nicht nur die Berufung auf die Historie, sondern ebenso diejenige auf die jetzigen Probleme der Nationbildung und der sozio-ökonomischen Entwicklung machen eine Konzentration aller politischen Kräfte notwendig. Eine Oppositionspartei hat ja nur dann Sinn, wenn ein Spielraum für sachliche Alternativen zum politischen Programm der regierenden Partei tatsächlich besteht. Ob das in einer Situation des permanenten Notstandes, in der die knappen politischen Führungstalente und politischen Energien kaum für die Regierungspartei ausreichen, der Fall ist, scheint fraglich. Sollten wir Europäer, die wir mit unseren Kolonialisierungen schon übergenug auf afrikanische Länder eingewirkt haben, nicht heute diesen Ländern eine gewisse Frist einräumen, in der es jenen möglich wird, *ihren* Weg zu finden?

Katharina Ley

Sauerstoff von links

Unter dem Titel «Einen demokratischen Sozialismus oder keinen» stiess Otto Lezzi im «Profil» 10/1973 aufs neue Kassandrarufo aus. Die

Moral seiner Ausführungen besteht darin, «jene Elemente auszuschalten, die eine konstruktive Parteiarbeit beeinträchtigen, die zur ‚Umfunktio- nierung‘ drängen, die versuchen, der schweizerischen Sozialdemokratie die demokratischen Grundhaltung zu nehmen».

Nachdem Richard Lienhard im «Profil» 11/1973 auf Wesentliches ge- antwortet hat, gestatte man «einem älteren Genossen», einen Beitrag zur Diskussion zu leisten.

Wie die von Otto Lezzi anvisierten «Elemente» in globo parteiamtlich ausgeschaltet werden könnten, ist in keinem SPS-Statut zu finden. Nach der Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 3. Juli 1951 (Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus), der auch die SPS ange- schlossen ist, wird vielmehr ausdrücklich festgehalten: «Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder an- ders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesell- schaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.»

Wieweit Jungsozialisten parteischädigend wirken, müsste in jedem Ein- zelfall abgeklärt werden. Dabei stellt sich dann die weitere Frage: Wer ist da befugt, den Richter zu spielen?

Die Politik der jungen Linken ist meines Erachtens als Reaktion zu ver- stehen. Allzulange war unsere Partei eine Allerweltpartei, die nicht mehr allzu grosse Risiken auf sich nehmen wollte, stattdessen aber der Partner- schaftsideologie der bürgerlichen Partei zu grosse Zugeständnisse machte. Der frische Wind der jungen Linken hat dazu geführt, dass einige dürre Blätter vom Baum der altehrwürdigen Sozialdemokratie wirbelten. Viele Vertreter dieser jungen Linken sind alles andere als Kaffeehausradika- linski. Unter ihnen gibt es viele ernsthafte Leute, die fähig sind, neue Pro- bleme nicht nur aufzugreifen, sondern – was mehr ist – sie durchzudenken und als positive Anregungen der Partei zu vermitteln (Beispiel: Informa- tionsblatt der städtischen SP Zürich 7).

Und wenn man ihnen undemokratisches Vorgehen ankreidet, so ist auf dem Platze Zürich festzustellen, dass es auch am rechten Flügel der Partei Leute gibt, die wiederholt Mehrheitsbeschlüsse der städtischen Delegier- tenversammlungen missachteten und sich gar bürgerlichen Komitees an- schlossen.

Sodann lässt Otto Lezzi folgendes ausser acht: Bei zahlreichen Abstim- mungen waren es die Jungen, die zu positiven Volksentscheiden beitrugen (Beispiel: Verkehrsfragen). Dabei wurden Alternativen ausgearbeitet: nicht nur innerhalb der Partei, sondern im Abstimmungskampf. Damit gab es wieder eine echte Auseinandersetzung, und die Sozialdemokratie konnte sich vermehrt profilieren.

So besteht kein Grund für unsere Partei, Sauerstoffzufuhr von links zu drosseln.

Werner Egli